

Geringerer Leistungsbilanzüberschuss im 1. Halbjahr 2004

Matthias Fuchs

Die österreichische *Leistungsbilanz* auf Basis von Zahlungsströmen ergab für den Zeitraum Jänner bis Juni 2004 mit 1,32 Mrd EUR einen geringeren Überschuss als in den ersten sechs Monaten 2003 (1,78 Mrd EUR). Ausschlaggebend dafür waren höhere Defizite aus Einkommen sowie aus laufenden Transfers.

Der Überschuss aus *Waren- und Dienstleistungszahlungen* war mit 2,73 Mrd EUR um rund 0,5 Mrd EUR höher als jener der Vergleichsperiode 2003. Sowohl Exporteinnahmen als auch Importzahlungen ließen dabei Zuwächse erkennen (+7,5% bzw. +6,8%). Nahezu unverändert war der Reiseverkehrsaldo, der einen Überschuss in Höhe von 2,36 Mrd EUR ergab.

Die *Einkommensbilanz*, die in der Vergleichsperiode 2003 noch einen Überschuss von 0,24 Mrd EUR aufgewiesen hatte, zeigte im ersten Halbjahr 2004 ein Defizit in Höhe von 0,17 Mrd EUR. Insbesondere der Nettoabfluss aus Wertpapiererträgen in Höhe von 0,85 Mrd EUR (nach 0,53 Mrd EUR im Vergleichszeitraum 2003) war für das Ergebnis bestimmend. Nettoeinkommen aus Direktinvestitionen ergaben Abflüsse von 0,10 Mrd EUR, während Einkommen aus Sonstigem (insbesondere aus Krediten und Einlagen) sowie Erwerbseinkommen Zuflüsse zeigten.

Die Bilanz der *laufenden Transfers* schloss im Berichtszeitraum mit einem Abgang von 1,25 Mrd EUR (Jänner bis Juni 2003: 0,64 Mrd EUR). Der Großteil davon entfiel auf den Bereich öffentliche Transfers, der durch die Zahlungen an und von EU-Institutionen bestimmt ist.

Die *Kapitalbilanz* wies im ersten Halbjahr 2004 Nettokapitalzuflüsse

aus Portfolioinvestitionen und Nettokapitalabflüsse aus Direktinvestitionen sowie aus Sonstigen Investitionen und Finanzderivaten auf.

Grenzüberschreitende Unternehmensbeteiligungen ließen im Zeitraum Jänner bis Juni 2004 Rückgänge erkennen: Österreichs *Direktinvestitionen* im Ausland fielen mit 1,38 Mrd EUR um ein Viertel geringer aus als im Vergleichszeitraum 2003. Niedriger waren auch ausländische Direktinvestitionen, die in den ersten sechs Monaten 2004 nur 0,59 Mrd EUR erreichten (nach 0,91 Mrd EUR im Vergleichszeitraum 2003).

Wie in den vergangenen Monaten entwickelten sich die grenzüberschreitenden *Portfolioinvestitionen* auch im Juni 2004 dynamisch: Österreichische Anleger investierten allein in diesem Monat 3,73 Mrd EUR in ausländische Wertpapiere, wobei rund ein Fünftel auf Anteilscheine entfiel. Im ersten Halbjahr 2004 flossen für Wertpapierkäufe insgesamt 19,82 Mrd EUR an das Ausland ab. Auch österreichische Wertpapiere fanden steigenden Absatz, der sich von Jänner bis Juni 2004 auf 20,80 Mrd EUR belief (Vergleichszeitraum 2003: 17,21 Mrd EUR).

Der Bereich *Sonstige Investitionen* wies Nettokapitalexporte in Höhe von 0,23 Mrd EUR auf (nach 10,41 Mrd EUR im Vergleichszeitraum 2003).

Die *offiziellen Währungsreserven* nahmen transaktionsbedingt um 1,19 Mrd EUR ab.

Die tabellarische Darstellung der österreichischen Zahlungsbilanz ist auf der Webseite der OeNB unter www.oenb.at im Bereich „Statistik und Melderservice“ unter *Datenangebot/Außenwirtschaft/Zahlungsbilanz* verfügbar.

Investmentfonds per Ende Juni 2004

Ende Juni 2004 verwalteten 26 österreichische Kapitalanlagegesellschaften mit 1.971 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand (verwaltetes Volumen) von 118,6 Mrd EUR.

Die Anzahl der Kapitalanlagegesellschaften erhöhte sich im ersten Halbjahr 2004 um zwei Anbieter und zwar um die Raiffeisen Immobilien KAG und die Immo Kapitalanlage AG, die Immobilienfonds auf Grundlage des am 1. September 2003 in Kraft getretenen Immobilien-Investmentfondsgesetzes aufgelegt haben. Weiters ergab sich durch die am 13. Februar 2004 in Kraft getretene Novelle zum Investmentfondsgesetz, die die Auflage von Fonds mit derivativen Produkten erlaubt, eine Erweiterung der Fondskategorien um so genannte Alternative Fonds (Hedgefonds). Ende Juni 2004 haben 8 Kapitalanlagegesellschaften 17 Fonds in dieser Kategorie angeboten.

Das netto in Investmentfonds investierte Kapital (exklusive „Fonds in Fonds“-Veranlagungen) erhöhte sich im ersten Halbjahr 2004 um 6,48 Mrd EUR bzw. 6,7% und übertraf mit 103,6 Mrd EUR erstmals die 100 Mrd EUR-Grenze. Dieser Anstieg im ersten Halbjahr 2004 resultierte aus einem Nettomittelzufluss von 4,38 Mrd EUR, Kursgewinnen in Höhe von 3,13 Mrd EUR abzüglich Ausschüttungen im Ausmaß von 1,03 Mrd EUR.

Verglichen mit dem durchschnittlichen Nettomittelzufluss des Vorjahres auf Quartalsbasis wurde im ersten Halbjahr 2004 wieder etwas stärker in Investmentfonds investiert. So flossen sowohl in Publikumsfonds als auch in Spezialfonds doppelt so viel Mittel als im Quartalsdurchschnitt des vergangenen Jahres. Auch im Vergleich zu den Primäreinlagen ist im ersten Halbjahr 2004 wieder eine wesentlich

stärkere Präferenz zugunsten Investmentfonds zu beobachten.

Der Vermögenszuwachs im ersten Halbjahr 2004 betraf nahezu zur Gänze Veranlagungen in ausländische Titel. Per Ende Juni 2004 waren in den übrigen Ländern der Währungsunion (exklusive Österreich) 48,63 Mrd EUR (47,0%), im Inland 27,81 Mrd EUR (26,8%) und in Ländern der übrigen Welt 27,17 Mrd EUR (26,2%) veranlagt.

Hinsichtlich der Struktur des veranlagten Kapitals dominierten mit einem Anteil von 69,6% (72,08 Mrd EUR) die Rentenwerte, gefolgt von den Aktien und Beteiligungspapieren mit 17,7% (18,38 Mrd EUR), den sonstigen Vermögensanlagen mit 7,2% (7,45 Mrd EUR) und den Investmentzertifikaten mit 5,4% (5,63 Mrd EUR). Das Immobilien- und Sachanlagevermögen weist noch ein sehr geringes Volumen von 77 Mio EUR bei einem Anteil von 0,1% auf.

Das freundliche Börsenklima im ersten Halbjahr 2004 bescherte den Anlegern in Investmentzertifikaten Kursgewinne. Von Anfang Jänner bis Ende Juni 2004 ergab sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtpformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von 2,7%. Dabei verzeichneten Aktienfonds eine positive Performance von 7,1% und Mischfonds ein Plus von 2,9%. Rentenfonds wiesen einen Kursgewinn von 1,5% auf. Immobilienfonds waren mit 1,07% im Plus und Geldmarktfonds (im Sinne der EZB-Verordnung 2001/13) zeigten von Jahresbeginn bis Ende Juni 2004 eine positive Performance von 1,2%. Nur die Fondskategorie Alternative Investments wies eine negative Performance von 0,9% auf.

Christian Probst

Fremdwährungsausleihungen an inländische Nichtbanken

Karin Dlaska

Fremdwährungsausleihungen erfreuen sich in Österreich großer Beliebtheit. Bereits Mitte der Neunzigerjahre kam die österreichische Bevölkerung auf den Geschmack von Fremdwährungsfinanzierungen. Seither hielt dieser Trend unvermindert an und erreichte schließlich im Juni 2004 mit 47,3 Mrd EUR – oder 20% aller von österreichischen Banken an Inländer vergebenen Ausleihungen – seinen Höhepunkt. Allein im ersten Halbjahr 2004 stieg das Volumen der aushaftenden Fremdwährungsausleihungen um 5%¹ (+3,4 Mrd EUR) an.

In Österreich kommt dem Schweizer Franken (CHF) und dem japanischen Yen (JPY) als Ausleihungswährung eine herausragende Bedeutung zu, wobei die Beliebtheit der beiden Währungen in Abhängigkeit von Wechselkurs und Zinssatz über die Zeit stark variierte. So war im Juni 2004 der Löwenanteil von 86% (40,6 Mrd EUR) in CHF denominated und nur 7% (3,4 Mrd EUR) lauteten auf JPY. Dies war jedoch nicht immer so. Noch vor zwei Jahren war der JPY mit einem Anteil von 42% (18,5 Mrd EUR) deutlich stärker gefragt als heute, wenn auch die Dominanz des CHF mit einem Anteil von 52% (22,5 Mrd EUR) schon damals gegeben war. Im Jahresverlauf 2003 ging die Nachfrage nach Fremdwährungsausleihungen generell etwas zurück, das aushaftende Volumen erreichte schließlich zur Jahresmitte mit 42,5 Mrd EUR einen markanten Tiefstand. Gleichzeitig büßten vor allem die JPY-Ausleihungen an Attraktivität ein und wurden zum überwiegenden Teil in CHF konvertiert – im Wesentlichen auf-

grund des attraktiveren „Einstiegs-szenarios“ für CHF-Ausleihungen hinsichtlich Wechselkurs und Zinssatz. Im Dezember 2003 belief sich der JPY-Anteil auf nur mehr 12% (5,3 Mrd EUR), der Anteil der CHF-Ausleihungen war hingegen auf 82% (35,8 Mrd EUR) nach oben geschneilt. Im ersten Halbjahr 2004 kam es neuerlich zu verstärkten CHF-Kreditaufnahmen und zu weiteren Reduzierungen der JPY-Ausleihungen. Die CHF-Ausleihungen erreichten im Juni 2004 mit 40,6 Mrd EUR ihren bisherigen Höhepunkt. Hingegen hielt bei den JPY-Ausleihungen der rückläufige Trend – wenn auch etwas abgeschwächt als im Vorjahr – an, das aushaftende Volumen schrumpfte mit 3,4 Mrd EUR auf das Niveau von 1999. Insgesamt war im Juni 2004 ein Ausleihungsvolumen von 47,3 Mrd EUR in Fremdwährungen denominated.

Fremdwährungsausleihungen werden im Wesentlichen von privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen nachgefragt. Alle anderen volkswirtschaftlichen Sektoren – wie Staat, Finanzintermediäre und private Organisationen ohne Erwerbszweck – spielen hinsichtlich der Fremdwährungsfinanzierung lediglich eine untergeordnete Rolle. Ende Juni 2004 wurden 55% (26,1 Mrd EUR) der Fremdwährungsausleihungen an private Haushalte vergeben, wobei 61% zur Schaffung und Erhaltung von Wohnraum aufgenommen wurden (23% flossen in die Finanzierung von Dienstleistungen und Konsumgütern). Die nichtfinanziellen Unternehmen hatten einen Anteil von 36%, was einem Volumen von 17,2 Mrd EUR

¹ Wachstumsrate ist um Wechselkurseffekte bereinigt.

entsprach. Die meisten Fremdwährungsausleihungen wurden in der Größenordnung von 100.000 bis 500.000 EUR vergeben.

Betrachtet nach den Fremdwährungsanteilen am aushaftenden Gesamtvolumen lagen Ende Juni 2004 die Banken Vorarlbergs mit 46% deutlich an der Spitze, gefolgt von Tirol mit 37%. Hingegen lagen aus Sicht des Marktanteils die Wiener Banken mit 43% und einem aushaftenden Volumen von 19,3 Mrd EUR deutlich in

Führung – gefolgt von Tirol mit 13% (6,1 Mrd EUR) und Vorarlberg mit 10% (4,7 Mrd EUR).

Im europäischen Vergleich liegt Österreich bei Fremdwährungsausleihungen im Spitzenfeld. Der österreichische Anteil an CHF-Ausleihungen im Euroraum belief sich auf 41%, jener für JPY-Ausleihungen lag bei 19%. Hingegen ist der Anteil Österreichs an in allen Währungen aushaftenden Ausleihungen mit 3% relativ gering.

Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Sektors im ersten Quartal 2004¹

Der finanzielle Vermögensaufbau (Geldvermögensbildung) der *privaten Haushalte*² betrug im ersten Quartal 2004 5,4 Mrd EUR. Österreichische Privatpersonen veranlagten 2 Mrd EUR mehr als im vierten Quartal 2003. Die Jahreswachstumsrate³ der Geldvermögensbildung erreichte damit einen Wert von 5,1%, nach 4,8% im vierten Quartal 2003. Der Vermögensaufbau und der Bewertungsanstieg (im Ausmaß von rund 2,1 Mrd EUR) erhöhten auch das Geldvermögen erheblich. Der Marktwert der finanziellen Vermögenswerte betrug zum 31. März 2004 311,3 Mrd EUR; das entspricht einem Zuwachs um rund 2,5% gegenüber dem Jahresresultimo 2003.

Das stärkere Sparen fand im Umfeld relativ schwach wachsender Arbeitnehmerentgelte und Konsum-

ausgaben statt. Der anhaltend hohe Sparwille der privaten Haushalte spiegelt sich auch in den Indikatoren zum Konsumentenvertrauen in den ersten drei Monaten des Jahres 2004 wider.

Die Geldvermögensbildung im ersten Quartal 2004 floss zur Hälfte in Wertpapiere. Das Investitionsvolumen von 2,8 Mrd EUR entspricht dem Wert der gesamten Wertpapierveranlagungen im Jahr 2003.

Private Anleger veranlagten im ersten Quartal 2004 verstärkt in langfristige Wohnbauanleihen der inländischen Banken, die steuerlich begünstigt sind. Dieser Erwerb erklärt fast vollständig den gesamten Zuwachs an langfristigen Wertpapieren in Höhe von rund 1,2 Mrd EUR (viertes Quartal 2003: 1,0 Mrd EUR).

Michael Andreasch

¹ Redaktionsschluss für alle Daten aus der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung ist der 30. Juni 2004.

² In der Analyse werden die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Gewerkschaften, politische Parteien, Kirchen und private Stiftungen) auf Basis einer Konvention in den EU-Staaten derzeit zu dem aggregierten Sektor „Private Haushalte einschließlich Privater Organisationen ohne Erwerbszweck“ gezählt. Aussagen zu Finanzdaten der privaten Haushalte beziehen daher immer auch die Ergebnisse für die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck mit ein.

³ Die Jahreswachstumsrate im ersten Quartal 2004 wird definiert als der Zuwachs der letzten vier Quartale in Relation zum Vermögensbestand am Ende des ersten Quartals 2003.

Weiterhin belebt war auch die Nachfrage der privaten Haushalte nach börsennotierten Aktien, wobei schwerpunktmäßig in ausländische Unternehmen veranlagt wurde. Die Neuinvestitionen betragen im ersten Quartal 2004 300 Mio EUR, das sind rund 75% der Aktienveranlagungen im Jahr 2003.

Österreicher erwarben im ersten Quartal 2004 mit 1,2 Mrd EUR ein doppelt so hohes Volumen an Investmentzertifikaten wie im vierten Quartal 2003. Die Nachfrage konzentrierte sich auf Rentenfonds und gemischte Fonds. Dieser Anstieg beeinflusste auch zu einem wesentlichen Teil die Erhöhung der in Publikumsfonds platzierten Investmentzertifikate inländischer Fonds. Zum Ultimo März 2004 hatten die von privaten Haushalten gehaltenen Investmentzertifikate einen Marktwert von 30,5 Mrd EUR und machten damit rund 37% des aushaftenden Volumens dieser Publikumsfonds aus.

Neben den Wertpapiertransaktionen erhöhten die privaten Haushalte auch ihre Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen; der Trend zur verstärkten privaten Pensionsvorsorge setzte sich damit fort. Im ersten Quartal 2004 wuchsen die Ansprüche gegenüber Versicherungen um rund 1,9 Mrd EUR, wovon rund zwei Drittel auf Lebensversicherungen entfielen. Zusätzlich stiegen die Pensionskassenansprüche um knapp 200 Mio EUR.

In der Geldvermögensbildung dürfte es auch zu Portfolioumschichtungen gekommen sein. Die privaten Haushalte erhöhten im ersten Quartal 2004 ihre Einlagenbestände geringer als in vorangegangenen Quartalen und reduzierten gleichzeitig ihre Bargeldbestände. Im aktuellen Quartal entfielen nur mehr rund 13% des

Vermögensaufbaus (2002 und 2003: je 60%) auf diese liquiden Finanzanlagen. Dieser Rückgang spiegelt sich auch in der Entwicklung des österreichischen Beitrags zur Geldmenge M2 im Euroraum wider.

Während sich der gesamte Vermögensaufbau gegenüber dem letzten Quartal 2003 stark erhöhte, verschuldeten sich die privaten Haushalte im ersten Quartal 2004 mit 900 Mio EUR um ein Drittel stärker als im vierten Quartal 2003 (600 Mio EUR). Wie in den vergangenen Quartalen waren die Wohnbaukredite (von Banken und öffentlichen Stellen), die überwiegend in Fremdwährung denominiert sind, mit einem Zuwachs von knapp 1 Mrd EUR für diese Entwicklung verantwortlich. Seit dem zweiten Quartal 2003 sind auch im Jahresabstand betrachtet die Wohnbauinvestitionen wieder schneller gewachsen. Im ersten Quartal 2004 betrug die Jahreswachstumsrate 4,5%. Die Gesamtverschuldung der privaten Haushalte erreichte zum Ultimo März 2004 einen Wert von 92,7 Mrd EUR (Jahresultimo 2003: 91,7 Mrd EUR).

Die *Unternehmen* (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) Österreichs hatten mit nur 800 Mio EUR im ersten Quartal 2004 einen sehr geringen Finanzierungsbedarf für Erweiterungsinvestitionen. Diese geringe Nachfrage nach Finanzmitteln ist vor dem Hintergrund einer im ersten Quartal 2004 nach wie vor verhaltenen Inlandsnachfrage zu sehen. Die Bruttoinvestitionen stiegen mit einer Jahreswachstumsrate von 3,5% geringer als in den Quartalen des Vorjahres.

Die Fremdkapitalfinanzierung über Kredite war im ersten Quartal 2004 rückläufig. Die Unternehmen verringerten ihre inländischen Bankkredite

um 300 Mio EUR und die Auslandskredite um fast 1 Mrd EUR. Insbesondere kurzfristige Kredite wurden von den Unternehmen reduziert.

Nach dem starken Aufschwung der Wertpapieremissionen der Unternehmen im zweiten Halbjahr 2003 (4,2 Mrd EUR), erreichten die Neuemissionen abzüglich Tilgungen im ersten Quartal 2004 nur rund 200 Mio EUR.

Ebenfalls sehr gering waren die Platzierungen (Nettoemissionen) in Form von börsennotierten Aktien. Auf der Anlegerseite kam es zu einer Verschiebung von inländischen zu ausländischen Investoren, die börsennotierte Aktien um rund 900 Mio EUR im ersten Quartal 2004 erwarben. Nennenswerte Erhöhungen der Verpflichtungen gab es im ersten Quartal 2004 nur bei den sonstigen Anteilsrechten, die sich überwiegend

durch Direktinvestitionen des Auslands erklären.

Die Gesamtverpflichtungen der Unternehmen beliefen sich zum 31. März 2004 auf 295,2 Mrd EUR und waren damit um rund 2% höher als zum Jahresultimo 2003. Den größten Anteil an diesem Anstieg hatten die gestiegenen Aktienkurse im ersten Quartal 2004.

Aktivseitig erhöhten die Unternehmen in Österreich im ersten Quartal 2004 ihre Einlagenbestände bei inländischen Banken und im Ausland, stockten die Bestände in Investmentzertifikaten auf und steigerten die ausländischen Beteiligungen. Die Geldvermögensbildung erreichte insgesamt einen Wert von 1,6 Mrd EUR und war damit deutlich geringer als im Durchschnitt der Quartale des Jahres 2003.

Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute im ersten Halbjahr 2004

Bilanzsumme

Die Entwicklung der unkonsolidierten Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute zeigte im ersten Halbjahr 2004 ein stetiges Wachstum: Seit Anfang des Jahres stieg sie um 30,93 Mrd EUR (+5,1%) auf einen neuen Höchststand von 636,04 Mrd EUR zum 30. Juni 2004.

Bei sektoraler Betrachtung hat sich die Reihenfolge der Marktanteile, gemessen an der Gesamtbilanzsumme, im letzten Jahr kaum geändert. Der

Sparkassensektor belegte im Juni 2004 mit einem Marktanteil von 35,3% (Dezember 2003: 35,6%) den ersten Platz. An zweiter Stelle folgte der Raiffeisensektor mit 23,1% (23,8%) vor den Aktienbanken mit 16,0% (16,2%). Die Sonderbanken erzielten einen Marktanteil von 8,7% (8,4%), die Landes-Hypothekenbanken 7,8% (7,6%), die Volksbanken 5,3% (5,3%) und die Bausparkassen 3,1% (3,2%). Der Anteil der Zweigstellen gemäß § 9 BWG¹ war mit 0,7% verschwindend gering.

Nikolaus Böck

¹ Der Sektor „Zweigstellen gemäß § 9 BWG“ (= Zweigstellen gem. Niederlassungsfreiheit) wird erst seit Juni 2004 gesondert ausgewiesen. Bisher waren die meldepflichtigen Zweigstellen auf die einzelnen Bankensektoren aufgeteilt (z. B. zwei Banken waren dem Raiffeisensektor zugehörig, vier dem Sonderbankensektor usw.). Durch die neue Sektorgliederung seit Juni 2004 kann es dadurch noch keine historischen Vergleichsdaten auf sektoraler Basis geben.

Der Marktanteil der zehn größten Banken, gemessen an der Bilanzsumme, verharrte mit 54,5% auf demselben Niveau wie zu Ende des Jahres 2003, jener der fünf größten Banken ging leicht auf ein Niveau von 44,3% zurück (Marktanteil Dezember 2003: +44,5%).

Kredite

Im ersten Halbjahr konnte ein Wachstum im Kreditgeschäft von 2,0% auf einen neuen Stand von 244,24 Mrd EUR zum 30. Juni 2004 festgestellt werden.

Sowohl bei den Euro-Krediten als auch bei den Fremdwährungskrediten wurde gegenüber Dezember 2003 ein Zuwachs verzeichnet. Während die Euro-Kredite allerdings nur geringfügig stärker als in der Vergleichsperiode des Vorjahres stiegen (+0,6%; 1. Halbjahr 2003: +0,2%), entwickelten sich die Fremdwährungsausleihungen entgegen dem Vorjahrestrend. Letztere stiegen im ersten Halbjahr 2004 um nominell 7,9%, während im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch ein Rückgang um 3,4% zu beobachten gewesen war.² Der Fremdwährungsanteil an den gesamten Kreditausleihungen lag zum 30. Juni 2004 bei rund 20% (Stand Dezember 2003: +19%).

Nach Größenklassen gegliedert befanden sich Ende Juni 2004 rund 71% aller Euro-Kredite im Bereich bis 10.000 EUR,³ ein Euro-Kredit belief sich auf durchschnittlich 32.400 EUR. Die meisten Fremdwährungskredite (33,3%) befanden sich hin-

gegen im Segment zwischen 100.000 und 500.000 EUR; im Durchschnitt lautete ein Fremdwährungskredit auf rund 141.400 EUR.

Einlagen

Im ersten Halbjahr 2004 wurde im Einlagengeschäft ein moderates Wachstum von 1,9% (Vorjahresperiode: +2,2%) beobachtet, was einen Gesamteinlagenstand der in Österreich tätigen Kreditinstitute von 204,75 Mrd EUR ergab. Die Sektoren Sonderbanken (+14,7%), Landes-Hypothekenbanken (+6,5%), Volksbanken (+4,1%), Bausparkassen (+2,0%), Raiffeisenbanken (+1,5%) und Sparkassen (+0,1%) meldeten Zuwächse, lediglich die Aktienbanken legten ein negatives Einlagenwachstum von 0,9% vor.

In allen Einlagekategorien konnte im ersten Halbjahr 2004 ein Zuwachs verzeichnet werden. In der anteilmäßig größten Einlagekategorie, den Spareinlagen (133,41 Mrd EUR), lag das Wachstum mit 0,9% auf ähnlichem Niveau wie im ersten Halbjahr 2003 (+1,1%). Bei den Sichteinlagen wurde mit 4,1% ein schwächerer Anstieg als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+8,4%) verzeichnet, während bei den Termineinlagen der negative Vorjahrestrend (-3,2%) sogar in ein positives Wachstum gedreht (+2,9%) werden konnte.

Rund 96% der 23,5 Millionen Sparbücher wiesen einen Einlagenstand unter 20.000 EUR auf, auf 225 davon befand sich ein Betrag größer als 3 Mio EUR.

² Während im ersten Halbjahr 2004 der Einfluss der Wechselkurse auf die Bestandsveränderungen der Fremdwährungskredite relativ gering war (erstes Halbjahr 2004: Abwertung des EUR gegenüber JPY bzw. CHF um 2,0% bzw. 2,2%), ergaben sich im ersten Halbjahr 2003 bedeutendere Auswirkungen bei den hier maßgeblichen Währungen (erstes Halbjahr 2003: Aufwertung des EUR gegenüber JPY bzw. CHF um 10,4% bzw. 7,0%).

³ Inklusive Überziehungen bei Girokonten.

Auslandsforderungen und Auslandsverbindlichkeiten

Wie auch schon im Vergleichshalbjahr 2003 erhöhten sich die Auslandsforderungen im ersten Halbjahr 2004 um 11,8% (Vorjahresperiode: +11,0%) und die Auslandsverbindlichkeiten um 8,3% (Vorjahresperiode: +4,0%). Der Trend, dass sich die Forderungen

und die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland über die letzten Jahre betragsmäßig immer mehr angleichen, konnte auch im ersten Halbjahr 2004 bestätigt werden. Die Forderungen (194,79 Mrd EUR) überstiegen die Verbindlichkeiten (194,60 Mrd EUR) nur marginal.

Portfoliosition – Wertpapierbestände per Ende März 2004

Zeitgleich mit dem Start dieser neuen Quartalspublikation „Statistiken – Daten & Analysen“ wird erstmalig eine *neue Portfoliosition (PoP)*¹ – erweitert um Aktien und Investmentzertifikate – publiziert.

Die Tabelle *Portfoliosition nach Instrumenten* gibt einen Gesamtüberblick über den Inlandsbesitz von ausländischen² Wertpapieren einerseits und den Auslandsbesitz von inländischen³ Wertpapieren andererseits. Der Inlandsbesitz ist auch regional unterteilt in Wertpapiere von Emittenten des Euroraums und von Emittenten des Extra-Euroraums. In dieser Standstatistik werden folgende Wertpapierarten angeführt: Aktien, Investmentzertifikate, langfristige festverzinsliche Wertpapiere (bzw. Schuldverschreibungen) und Geldmarktpapiere. Die Tabelle *Portfoliosition – Forderungen in Rentenwerten nach Region und Währung* ermöglicht eine kreuzklassifizierte Analyse des Inlandsbesitzes an ausländischen festverzinslichen Wertpapieren nach Emittentenland und Emissionswährung.

Österreichische Anleger hatten Ende März 2004 *ausländische Wertpapiere* im Ausmaß von 177 Mrd EUR in ihrem Portefeuille. 76% des Bestands entfielen auf Schuldverschreibungen, 14% auf Aktien und 7% auf Investmentzertifikate. Diese Struktur hat sich gegenüber den Vorquartalen kaum verändert. Gleich geblieben ist auch die Währungsstruktur: Das Vermögen an ausländischen Schuldverschreibungen besteht vorwiegend aus Euro-Emissionen (82%). Innerhalb dieser Gruppe entfallen 80% der erworbenen Wertpapiere auf Emittenten des Euroraums und 20% auf Emittenten aus anderen Ländern. Bei ausländischen Schuldverschreibungen in anderen Emissionswährungen haben traditionell die Emissionen von Emittenten außerhalb des Euroraums das Hauptgewicht.

Der *Auslandsbesitz von österreichischen Wertpapieren* betrug Ende März 2004 240 Mrd EUR, davon entfielen 87% auf Schuldverschreibungen. Österreichische Aktien sind im Ausmaß von 14 Mrd EUR und inländische Investmentzertifikate im Wert

Isabel Winkler

¹ Siehe Abschnitt „Daten“, Kapitel „Außenwirtschaft“, Tabellen 9.9.1 und 9.9.2 zur Portfoliosition.

² Ausländische Wertpapiere: Wertpapiere, deren Emittenten ihren Sitz im Ausland haben.

³ Inländische Wertpapiere: Wertpapiere, deren Emittenten ihren Sitz in Österreich haben.

von 12 Mrd EUR im Besitz von ausländischen Investoren.

Dieses PoP-Tabellenset finden Sie auch auf der Homepage der OeNB (www.oenb.at) unter dem Menüpunkt „Statistik und Melderservice/Datenangebot“ im Bereich Außenwirt-

schaft. Ab Jahresanfang 2005 wird das PoP-Tabellenangebot auf der Homepage der OeNB weiter ausgebaut zur Verfügung stehen. Frühere Berichte sind im Menüpunkt „Statistik und Melderservice/Statistische Publikationen“ zu finden.

Direktinvestitionslücke Österreichs geschlossen

Ergebnisse der aktuellen Direktinvestitionsbefragung der OeNB

René Dell'Mour

Ein erfolgreicher Aufholprozess

Nach den Ergebnissen der jüngsten Direktinvestitionsbefragung der OeNB belief sich der Wert strategischer Firmenbeteiligungen von Österreichern im Ausland (aktive Direktinvestitionen) zum Jahreswechsel 2002/03 auf 40,5 Mrd EUR, die ausländischen Beteiligungen in Österreich (passive Direktinvestitionen) repräsentieren einen Wert von 41,5 Mrd EUR. Damit ist der mit der Ostöffnung einsetzende Aufholprozess bei der aktiven Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft beinahe abgeschlossen. Im Jahr 1990 hatte der Wert der aktiven Direktinvestitionen 3,7 Mrd EUR, jener der passiven Direktinvestitionen 8,5 Mrd EUR betragen. Vor allem die Auslandsbeteiligungen österreichischer Unternehmen waren 1990 mit nur 2,6% des BIP deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt der grenzüberschreitenden Verflechtung von 8,6% gelegen. Mittlerweile beläuft sich der weltweite Bestand an aktiven Direktinvestitionen auf mehr als 21% des BIP, Österreich liegt mit beinahe 19% aber nur mehr wenig zurück. Aufgrund anhaltend reger Direktinvestitionsaktivitäten im Jahr 2003 ergibt sich laut Zahlungsbilanzstatistik für den Jahreswechsel 2003/04 ein

erwarteter Bestand an aktiven Direktinvestitionen in der Größenordnung von 47 Mrd EUR, die dann tatsächlich erstmals mehr wären als die erwarteten 46,7 Mrd EUR an passiven Beteiligungen.

Entwicklung im Jahr 2002

Gegenüber dem Jahresende 2001 hat das im Ausland investierte Firmenkapital um 25% zugenommen. Ein nicht unerheblicher Teil des Zuwachses muss dabei nicht mehr aus Österreich zugeführt werden, sondern ist auf endogenes Wachstum zurückzuführen. So sind etwa die in den Bilanzen der Auslandstöchter ausgewiesenen Rücklagen von 12,8 auf 15,5 Mrd EUR angestiegen und die Gewinnvorträge haben sich zwischen 2001 und 2002 verdoppelt (von 0,7 auf 1,4 Mrd EUR). Allerdings ist im Jahr 2002 auch die Zahl der österreichischen Investoren gestiegen (von 935 auf 955). Diese Investoren waren zum Stichtag an 2.442 (+123) ausländischen Unternehmen beteiligt und beschäftigten insgesamt 299.100 Personen (+10,7%).

Wie schon in den vergangenen Jahren konzentrierte sich auch im Jahr 2002 die Zunahme an Direktinvestitionsbeständen auf Zentral- und Osteuropa (3,2 Mrd EUR von insgesamt 8,2 Mrd EUR). Innerhalb der Länder

Zentral- und Osteuropas war die Ausweitung der Bestände in der Tschechischen Republik und in Ungarn am größten, gefolgt von Kroatien und Russland. Auch in Slowenien, Polen, und Rumänien betrug die Zunahme jeweils mehr als 100 Mio EUR. Die Direktinvestitionen in der EU sind um 2,8 Mrd EUR gewachsen, insbesondere in Deutschland, aber auch in Italien und in Dänemark. Die stärksten Zuwächse *außerhalb* Europas ergab die Erhebung der OeNB in den karibischen Offshore-Finanzzentren (+1,5 Mrd EUR). Zu Jahresbeginn 2003 entfielen nur noch 37% der österreichischen Direktinvestitionsbestände im Ausland auf die EU, aber bereits 36% auf Zentral- und Osteuropa. Weitere 7% der Direktinvestitionsbestände sind im restlichen Europa veranlagt, größtenteils in der Schweiz und in Liechtenstein. Unter den außereuropäischen Zielen stehen die USA und die karibischen Offshore-Finanzzentren mit 6% bzw. 10% im Vordergrund, auf alle übrigen Länder, darunter die Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas, entfallen nur 3% des österreichischen Direktinvestitionskapitals.

Schon die Zahlungsbilanz des Jahres 2002 hatte ein nur bescheidenes Wachstum *passiver* Direktinvestitionen erwarten lassen. Einige größere Desinvestitionen hatten dazu geführt, dass Bestandszuwächse nur auf reinvestierte Gewinne zurückzuführen waren. Die in der Befragung verzeichnete Zunahme des investierten Kapitals um 6,5% ist die niedrigste seit mehr als zehn Jahren. Die Zahl der bestehenden Beteiligungen blieb mit 3.327 unverändert, die Zahl der Investoren hat kaum (+3 auf 3.078) und die Zahl der direkt abhängigen Unternehmen nur leicht (um 26 auf 2.633) zugenommen. Auch die Zahl der Österreicher, die für aus-

ländische Eigentümer arbeiten, stagniert bei 245.000 Personen.

Die passiven Direktinvestitionen konzentrieren sich traditionellerweise auf Deutschland und die EU. Zwischen dem Jahresende 2001 und 2002 sind jedoch nur die Bestände im Besitz amerikanischer Investoren, und zwar um 2,4 Mrd EUR, gestiegen. Die deutschen, italienischen und niederländischen Direktinvestitionsbestände in Österreich haben um 600, 450 und 240 Mio EUR abgenommen. Dennoch dominieren weiterhin EU-Investoren. 73% der passiven Direktinvestitionen befanden sich zu Jahresende 2002 in deren Händen, mehr als die Hälfte davon in deutschem Besitz. Auf das übrige Europa kommen weitere 7%, darunter vor allem die Schweiz und Liechtenstein. Wichtigste *außereuropäische* Unternehmenseigner in Österreich sind die USA mit 11%, während Geldgeber aus Japan oder den Golfstaaten nur noch 2% bzw. 1% halten.

Erträge

Die Erträge österreichischer Beteiligungsunternehmen im Ausland beliefen sich 2002 auf 2,7 Mrd EUR; sie haben sich damit gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Eigenkapitalrentabilität österreichischer Direktinvestitionen, die in den frühen Neunzigerjahren gelegentlich negativ gewesen war, erreichte mit 8,2% einen Höchststand. Besonders erfolgreich waren einmal mehr die Beteiligungen in Zentral- und Osteuropa, die mit 1,3 Mrd EUR zum positiven Jahresergebnis beitrugen. Da sich auch die Verluste des Jahres 2001 in der EU als Ausnahme erwiesen haben, verbleiben nur mehr die Beteiligungen in Nordamerika, die in Summe mit Verlust bilanzierten.

Auch die Erträge der unter ausländischem Einfluss stehenden österreichischen Direktinvestitionsunternehmen erreichten Rekordniveau. Das Jahresergebnis konnte erneut um 260 Mio EUR auf 3,7 Mrd EUR gesteigert werden. Dieser Zuwachs steht im Einklang mit der Zunahme

des Kapitaleinsatzes, sodass sich die Rentabilität mit 11% gegenüber dem Vorjahr nicht verändert hat.

Eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse ist in einem der nächsten Hefte „Statistiken – Daten & Analysen“ geplant.